

N i e d e r s c h r i f t

der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 19.02.2013

Ort: Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2, 06100 Halle (Saale),

Zeit: 16:30 Uhr bis 21:05 Uhr

Anwesend sind:

Herr Bernhard Bönisch	CDU	16:30 Uhr bis 21:05 Uhr
Herr Werner Misch	CDU	16:30 Uhr bis 21:05 Uhr
Herr Raik Müller	CDU	16:40 Uhr bis 21:05 Uhr
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 17:45 Uhr
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 21:05 Uhr
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 21:05 Uhr
Herr René Trömel	DIE LINKE.	17:45 Uhr bis 21:05 Uhr
Frau Katharina Hintz	SPD	16:45 Uhr bis 21:05 Uhr
Herr Johannes Krause	SPD	16:40 Uhr bis 21:05 Uhr
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	16:30 Uhr bis 21:05 Uhr
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	16:30 Uhr bis 21:05 Uhr
Herr Dietmar Weihrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	17:20 Uhr bis 21:05 Uhr

**zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung
und der Beschlussfähigkeit**

Herr Dr. Meerheim eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Folgende Tischvorlagen wurden ausgegeben:

	Austauschblatt 1. Seite der Dringlichkeitsvorlage Gebührensatzung für den Rettungsdienstbereich
TOP 6.1.1	Stellungnahme der Verwaltung zum ÄA zu einem Tarifmoratorium der MDV GmbH
TOP 6.3	Austauschblatt 1. Seite zum Antrag zur Umstrukturierung der Stadtmarketing GmbH

- TOP 8 Kurzinformation zur Antragsentwicklung im Rahmen von Bildung und Teilhabe und zu den finanziellen Auswirkungen zum Stand 31.01.2013
Haushaltskonsolidierungskonzept

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Die Verwaltung zieht die Vorlage:

- 5.1. Wirtschaftsplan 2013 Eigenbetrieb Kindertagesstätten der Stadt Halle
(Saale)
Vorlage: V/2012/11174

zurück, da sie mit dem eingebrachten Haushaltsplan nicht kompatibel sei.

Herr Misch erklärte im Namen seiner Fraktion, dass die Vorlage:

- 6.2. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Braunkohlesanierung
Vorlage: V/2012/11266

auf die nächste Sitzung zurückgestellt werden solle.

Gekoppelt sei daran der

- 6.2.1. Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der CDU-
Stadtratsfraktion zur Braunkohlesanierung (V/2012/11266)
Vorlage: V/2012/11302

Dieser werde ebenfalls auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung genommen.

Der Tagesordnungspunkt:

- 6.4. Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Erstellung eines
Konzeptes zu den Kosten der Unterkunft
Vorlage: V/2012/11276

wird abgesetzt, da der Jugendhilfeausschuss noch kein abschließendes Votum abgegeben hat.

Die Verwaltung bittet, die Dringlichkeitsvorlage:

- Änderung der Gebührensatzung für den Rettungsdienstbereich Halle / Nördlicher
Saalekreis
V/2013/11406

in die Tagesordnung aufzunehmen.

Abstimmung über die Aufnahme in die Tagesordnung:

7 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis über die geänderte Tagesordnung:

7 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Folgende ergänzte Tagesordnung wird festgestellt:

3. Genehmigung der Niederschrift
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
 - 5.1. Wirtschaftsplan 2013 Eigenbetrieb Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/11174 – zurückgestellt -
 - 5.2. Jahresabschluss 2011 der Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH
Vorlage: V/2013/11410
 - 5.3. Änderung der Gebührensatzung für den Rettungsdienstbereich Halle/Nördlicher Saalekreis
Vorlage: V/2013/11406 – neu -
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 6.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zu einem Tarifmoratorium der Mitteldeutschen Verkehrsverbund GmbH (MDV GmbH)
Vorlage: V/2012/11187
 - 6.1.1. Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zu einem Tarifmoratorium der Mitteldeutschen Verkehrsverbund GmbH (MDV GmbH) (V/2012/11187)
Vorlage: V/2012/11260
 - 6.2. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Braunkohlesanierung
Vorlage: V/2012/11266 – zurückgestellt -

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 19. Februar 2013 – öffentlicher Teil

- 6.2.1. Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Braunkohlesanierung (V/2012/11266)
Vorlage: V/2012/11302 – zurückgestellt -
- 6.3. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umstrukturierung der Stadtmarketing GmbH
Vorlage: V/2012/11287
- 6.4. Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Erstellung eines Konzeptes zu den Kosten der Unterkunft
Vorlage: V/2012/11276 – zurückgestellt -
- 6.5. Gemeinsamer Antrag der CDU-Stadtratsfraktion, Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) und der FDP-Fraktion zur Entsendung von weiteren Mitgliedern in die Gesellschafterversammlungen
Vorlage: V/2013/11372
7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
8. Mitteilungen
9. mündliche Anfragen
10. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

Abstimmungsergebnis:

7 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses am 22. Januar 2013 wird genehmigt.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Im nicht öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 22.01.2013 wurden keine abschließenden Beschlüsse gefasst.

zu 5 **Beschlussvorlagen**

**zu 5.1 **Wirtschaftsplan 2013 Eigenbetrieb Kindertagesstätten der Stadt Halle
(Saale)
Vorlage: V/2012/11174****

Abstimmungsergebnis:

zurückgestellt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat stimmt dem Wirtschaftsplan 2013 des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) in vorliegender Fassung zu.

Finanzielle Auswirkung:

Produkt 1.36101 Förderung von Kindern in Kindertagesstätten	2.907.078 €
Produkt 1.36501 Betrieb von Kindertagesstätten	26.347.162 €

**zu 5.2 **Jahresabschluss 2011 der Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH
Vorlage: V/2013/11410****

Abstimmungsergebnis:

5 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt die Zustimmung des städtischen Vertreters in der Gesellschafterversammlung der Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH am 29.08.2012 zu folgendem Beschluss:

1. Der Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2011 der Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH wird in der von der Deloitte & Touche GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüften und am 16.05.2012 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Das Jahresergebnis beträgt	0,00 EUR.
Die Bilanzsumme beträgt	1.358.871,18 EUR.

2. Der Geschäftsführung der Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH wird für das Geschäftsjahr 2011 Entlastung erteilt.
3. Den Mitgliedern des Aufsichtsrats der Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH wird für das Geschäftsjahr 2011 Entlastung erteilt.

**zu 5.3 Änderung der Gebührensatzung für den Rettungsdienstbereich Halle /
Nördlicher Saalekreis
Vorlage: V/2013/11406**

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Meerheim erläuterte Herr Schumann (Fachbereich Sicherheit, Abteilungsleiter Service), dass die Auswirkungen der Vorlage haushaltsneutral seien.

(16:40 Uhr – Herr Krause und Herr Müller kamen in die Sitzung.)

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die 3. Änderungssatzung zur Gebührensatzung für den Rettungsdienstbereich Halle/Nördlicher Saalekreis vom 14.12.2011

Finanzielle Auswirkung:

Ausgleich neu kalkulierter Kosten für den ärztlichen Teil des Rettungsdienstes.
Die vorliegend kalkulierten Gebühren wirken haushaltsneutral.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 6.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zu einem
Tarifmoratorium der Mitteldeutschen Verkehrsverbund GmbH (MDV GmbH)
Vorlage: V/2012/11187**

An der Diskussion beteiligten sich Herr Dr. Meerheim, Herr Wolter, Herr Knöchel, Herr Stäglin und Herr Roesler (Fachbereich Planen, Teamleiter Verkehrsentwicklungsplanung / Nahverkehr).

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 19. Februar 2013 – öffentlicher Teil

Einige Mitglieder kritisierten, dass die eine Stellungnahme gar nicht und die Stellungnahme zum Änderungsantrag erst als Tischvorlage zur heutigen Sitzung ausgegeben wurden. Aus diesem Grund sei heute eine fundierte Diskussion nicht möglich.

(16:45 Uhr – Frau Hintz kam in die Sitzung.)

Herr Stäglin erläuterte das sehr komplizierte Verfahren der Beschlussfassung über die Tarife im MDV. Dies mache eine Gremienbeteiligung bei der Wahrung der normalen Fristen äußerst schwierig.

Herr Roesler wies darauf hin, dass am 21.03.2013 die Aufsichtsratssitzung des MDV stattfinde.

Herr Stäglin regte an, die Anträge auf die Sitzung am 19.03.2013 zu vertagen, um noch die Signale des Finanzausschusses für die Aufsichtsratssitzung aufzufangen.

Herr Dr. Meerheim informierte im Namen seiner Fraktion, dass der Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM – 6.1.1 als Punkt 2 übernommen werde. Der Punkt 2 des Ursprungsantrages der Fraktion DIE.LINKEN entfalle entsprechend.

Abstimmungsergebnis:

vertagt

Beschlussvorschlag:

1. Der Oberbürgermeister bzw. dessen Vertreter in der Gesellschafterversammlung der Mitteldeutschen Verkehrsverbund GmbH (MDV GmbH) werden beauftragt, im Rahmen der Strategiediskussion innerhalb der Gesellschaft auch alternative Formen zur Finanzierung des Öffentlichen Personennahverkehrs anstatt der jährlichen Tarifierhöhungen untersuchen lassen. Das Ergebnis dieser Untersuchung ist dem Stadtrat zur Kenntnis zu geben.
2. Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister bzw. dessen Vertreter in der Gesellschafterversammlung der MDV GmbH, bis zur Vorlage des Strategiepapieres „Entwicklung des Verbundraums und des integrierten Verbundsystems bis zum Jahr 2025“ keiner Tarifierhöhung zu zustimmen.

**zu 6.1.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zu einem Tarifmoratorium der Mitteldeutschen Verkehrsverbund GmbH (MDV GmbH) (V/2012/11187)
Vorlage: V/2012/11260**

Abstimmungsergebnis:

vertagt

Beschlussvorschlag:

Beschlusspunkt 2 wird wie folgt ergänzt:

2. Der Stadtrat beauftragt die Oberbürgermeisterin bzw. deren Vertreter in der Gesellschafterversammlung der MDV GmbH, bis zur Vorlage des Strategiepapiers „Entwicklung des Verbundraums und des integrierten Verbundsystems bis zum Jahr 2025“ **etwaiger** ~~keiner~~ Tarifierhöhungen **erst nach vorheriger Beschlussfassung des Stadtrates** zuzustimmen.

**zu 6.2 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Braunkohlesanierung
Vorlage: V/2012/11266**

Abstimmungsergebnis:

zurückgestellt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, gegenüber der Landesregierung Sachsen-Anhalt Mittel aus dem 5. Bund-Länder-Verwaltungsabkommen zur weiteren Sanierung des Braunkohletagebaus im Stadtgebiet einzufordern.

**zu 6.2.1 Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der CDU-
Stadtratsfraktion zur Braunkohlesanierung (V/2012/11266)
Vorlage: V/2012/11302**

Abstimmungsergebnis:

zurückgestellt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, im Bereich des Altbergbaus bei entsprechender Feststellung von Gefahrenlagen durch das Landesamt für Geologie und Bergwesen einschlägige Fördermittel abzurufen und die jeweiligen Eigenmittel bereitzustellen.

**zu 6.3 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umstrukturierung der
Stadtmarketing GmbH
Vorlage: V/2012/11287**

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

geänderter Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt eine Umstrukturierung der Stadtmarketing Halle GmbH unter Berücksichtigung rechtlicher und steuerliche Aspekte zu prüfen mit dem Ziel, einen angemessenen kommunalen Einfluss der Stadt Halle (Saale) auf die Steuerung der Gesellschaft zu gewährleisten. Dem Stadtrat sind in seiner Sitzung im ~~Februar~~ **April** 2013 die Prüfergebnisse und ein entsprechender Vorschlag zur Beschlussfassung vorzulegen.
- ~~2. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beauftragt den Gesellschaftervertreter der Stadt Halle der Stadtmarketing Halle GmbH einer Ausschreibung zur Neubesetzung der Personalstelle der Geschäftsführung des Unternehmens vor einer entsprechenden Beschlussfassung zur Umstrukturierung nicht zuzustimmen.~~

zu 6.4 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Erstellung eines Konzeptes zu den Kosten der Unterkunft
Vorlage: V/2012/11276

Abstimmungsergebnis:

abgesetzt

Beschlussvorschlag:

Die **Verwaltung legt dem Stadtrat** bis zum Mai 2013 ein Konzept zu den Kosten der Unterkunft **vor**, das die Urteile des Bundesverfassungsgerichtes und des Bundessozialgerichtes in Bezug auf die Regelsätze und die Heizkosten berücksichtigt.

In dem Konzept untersucht die Stadtverwaltung u.a. die Gründe für das abnehmende Angebot an Wohnungen mit niedrigen Mieten und überprüft dabei insbesondere, inwieweit eigene Handlungen, z.B. Regelungen bei der Erstattung der Kosten der Unterkunft, Steigerung der Grundsteuer, Erhöhung der Kosten von Energie und Wasser durch neue Abgaben dieses befördert haben.

In regelmäßigen Abständen, mindestens jedoch jährlich, berichtet die Verwaltung dem Stadtrat über sich ergebene Veränderungen aus Bundesgesetzgebungen bzw. örtlichen Gegebenheiten wie der Entwicklung des Wohnungs- und Mietenmarktes oder der Entwicklung von Verbraucherpreisen und der sich daraus ergebenden Veränderungen für die Kosten der Unterkunft in der Stadt Halle (Saale).

zu 6.5 Gemeinsamer Antrag der CDU-Stadtratsfraktion, Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) und der FDP-Fraktion zur Entsendung von weiteren Mitgliedern in die Gesellschafterversammlungen
Vorlage: V/2013/11372

An der Diskussion beteiligten sich Herr Wolter, Herr Bönisch, Herr Krause, Herr Knöchel und Herr Dr. Meerheim.

Im Rahmen der Diskussion wurde kritisch bemerkt, dass der Antrag sehr unbestimmt sei. Die betreffenden Unternehmen sollten konkretisiert werden. Es wurde ausgeführt, dass der Antrag die Gelegenheit geben sollte, über Korrekturbedarfe zu diskutieren. Änderungsbedarf werde z. B. bei der Stadtmarketing GmbH gesehen. Weiterhin sollte über die Vereinheitlichung der Gesellschafterverträge nachgedacht werden. In ca. 80 % der Unternehmen sei eine gute Beteiligung des Stadtrates zu verzeichnen. Aufgrund nicht öffentlicher Unternehmensentscheidungen sei es nicht möglich, dass alle Gesellschafterbeschlüsse, die gefasst werden sollen, vorher im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beraten werden. Ggf. sei eine Änderung nötig bei Beteiligungen, bei denen der Oberbürgermeister das alleinige Entscheidungsrecht hat und kein Aufsichtsrat bestehe.

Im Ergebnis der Diskussion stellte sich heraus, dass sich die Intension des Antrages geändert habe. Die Verwaltung wird gebeten, Vorschläge zur Umsetzung des Antrages bis zur Sitzung vor der Sommerpause vorzulegen. Es wurde angeregt, dass die BMA die Federführung des Prozesses übernimmt.

(17:20 Uhr – Herr Wehrich kam in die Sitzung.)

Abstimmungsergebnis:

vertagt - Wiedervorlage 11. Juni 2013

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt, entsprechend § 119 GO LSA und § 5 (9) Hauptsatzung der Stadt Halle (Saale), weitere Mitglieder in die Gesellschafterversammlungen der Unternehmen mit städtischer Beteiligung zu entsenden.

zu 7 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 8 **Mitteilungen**

STARK III

Herr Geier teilte mit, dass eine Arbeitsgruppe unter seiner Leitung unter Einbeziehung der betroffenen Fachbereiche und Beigeordneten GB IV und V, EB Kita, EB ZGM) gebildet worden sei. Es seien in bisher 4 Sitzungen ca. 40 Beteiligte im Sinne der Umsetzung des Projektes STARK III koordiniert worden. Als Projektsteuerer und –koordinierer fungiere seit Dezember 2012 Rauschenbach & Kollegen. Die Vorabstimmungen mit dem Land zur ersten Tranche und zum Procedere der zweiten Tranche wurden im Dezember durch den Projektsteuerer und ihn selbst durchgeführt und im Februar fortgeführt.

Ein Projektplan und die Aufgabenverteilung wurden in der ersten Projektgruppensitzung für die Anträge der ersten Tranche und die Vorbereitung der zweiten Tranche am 18.01.2013 definiert.

Die Förderwürdigkeitszusage für die erste Tranche in Höhe von ca. 9 Mio. € liegt vor. Die Anträge werden derzeit fertiggestellt und sollen im März fristgerecht eingereicht werden. Die vom Land geforderte Übersichtsliste zum Investitionsstau bei Schulen und Kitas der Stadt und bei freien Trägern wurde unter Einbeziehung des EB ZGM und des Projektsteuerers gefertigt. Sie ergibt einen Gesamtinvestitionsstau in Höhe von ca. 205 Mio. €. Zur zweiten Tranche wurde eine umfassende fachliche Abstimmung zu schul- und kitafachlichen, baulichen, energetischen und betriebswirtschaftlichen Fragenstellungen objektbezogen initiiert.

Es haben gemeinsame strukturierte Besichtigungen mit Fach- und Variantendiskussion mit Bereich Bildung, EB Kita, EB ZGM und Projektsteuerer bei allen Schulen und Kitas stattgefunden.

Die Schul- und Kitastandorte wurden in der Arbeitsgruppe bezüglich Bestandsicherheit und insbesondere bezüglich ihrer Erfolgchancen im Stark III Programm energetische Sanierung beurteilt.

Eine umfangreiche Fachdiskussion mit dem Direktor des Landesschulamtes und den schulfachlich zuständigen Mitarbeitern wurde im Januar durchgeführt. Die Ergebnisse und Prognosen dieser Konsultation wurden in die Arbeitsgruppe eingespeist. Im derzeitigen Diskussionsstand können 7 Schulstandorte und 4 Kitastandorte als sicher geeignet mit guten Erfolgsaussichten bei Stark III eingeschätzt werden. Bei 4 weiteren Standorten sei diese Detailabstimmung und Vorbereitung noch nicht abgeschlossen, dies ist jedoch bis Ende Februar abzuschließen.

Zur effektiven Projektarbeit wurde erstmals bei der Stadt Halle (Saale) ein internetbasierter Projektdatenraum für die komplette Planungs- und Vorbereitungsphase und alle ca. 40 Beteiligten eingerichtet.

Tabelle der **Beteiligten in der Projektgruppe Stark III** im Nachgang der Sitzung aufgrund der Bitte eines Ausschussmitgliedes.

Firma / Dienststelle	Name	Position / Fachgebiet	Zuständigkeit
Rauschenbach & Kollegen GmbH	Herr Jens Rauschenbach	Projektleiter	Projektsteuerung
Rauschenbach & Kollegen GmbH	Frau Peggy Görbig	Projektsteuerung	
Rauschenbach & Kollegen GmbH	Frau Jana Sorgenfrei	Projektsteuerung	
Ministerium der Finanzen	Herr Jens Bullerjahn	Finanzminister	
Ministerium der Finanzen	Herr Jörg Felgner	Staatssekretär	
Investitionsbank Sachsen Anhalt	Frau Christine Roos	Sachbearbeiterin	Öffentliche Kunden
Energieberatungsstelle des Landes			noch kein Ansprechpartner
Bau- und Liegenschaftsmanagement Sachsen-Anhalt			noch kein Ansprechpartner
Landesschulamt	Herr Torsten Klieme	Direktor	
Landesschulamt GB I, Finanzen und Verwaltungsmanagement	Frau Dörte Kleine Herr Egbert Geier	Referentin Bürgermeister, Beigeordneter Finanzen/Verwaltungsmanagement	Gesamtkoordinator und Ansprechpartner für das Land Finanzen
GB I, FB 20.1 (Finanzen)	Frau Evelin Müller	amtl. Fachbereichsleiterin	
GB I, FB 20.1 (Finanzen)	Herr Norman Walther	Sachbearbeiter	Finanzen
GB IV, Bildung und Soziales	Herr Tobias Kogge	Beigeordneter Jugend, Schule und Soziales	schulfachliche Belange
GB IV, FB 51 Bildung	Frau Katharina Brederlow	amt. Fachbereichsleiterin	schulfachliche Belange
GB IV, FB 51 Abt. Städtische Schulen	Herr Gert Hildebrand	amt. Fachbereichsleiter	schulfachliche Belange
GB IV, FB 51 Abt. Städtische Schulen	Frau Sigrid Müller	Sachbearbeiterin Investcontrolling	schulfachliche Belange
GB IV, FB 51 Abt. Städtische Schulen	Frau Dr. Christine Radig	Ressortleiterin	schulfachliche Belange
GB IV, FB 51 Abt. Service	Frau Beate Erfurth	Team Jugendhilfeplanung	schulfachliche Belange
GB IV, EB Kita	Herr Jens Kreisel	Betriebsleiter	Kitas
GB IV, EB Kita	Frau Cornelia Imke	Gebäudemanagement	Kitas
GB V, Wirtschaft und Wissenschaft	Herr Wolfram Neumann	Beigeordneter Wirtschaft und Wissenschaft	
GB V, Wirtschaft und Wissenschaft	Herr Stefan Jaeger	Referent	

GB V, Wirtschaft und Wissenschaft, EB ZGM	Herr Bernd Bielecke	Betriebsleiter	baufachliche Fragen
GB V: Wirtschaft und Wissenschaft, EB ZGM	Herr Mirko Kirchner	Assistent Betriebsleiter	baufachliche Fragen
GB V, Wirtschaft und Wissenschaft, EB ZGM	Herr Danny Klanert	Energiemanager in der Betriebsleitung	baufachliche Fragen
OB Büro	Herr Oliver Paulsen	Grundsatzreferent	Referent für Grundsatzangelegenheiten
OB Büro	Herr Lothar Rochau	Mitarbeiter	
Planungsbüros	noch offen (ca. 15 Personen)	Planung	

Eröffnungsbilanz zum 01.01.2012 Stadt Halle (Saale)

Herr Geier gab folgenden Statusbericht ab:

- Grunddaten zur Eröffnungsbilanz zur Information (vorläufig / ungeprüft)
 - Bilanzsumme ca. 2,1 Mrd. €
 - Sachanlagevermögen ca. 1,0 Mrd. € (u. a. bebaute und unbebaute Immobilien, Straßen, Wege, Brücken 580 Mio. €)
 - Beteiligungen ca. 0,6 Mrd. €
 - Eigenkapital ca. 0,8 Mrd. €
 - Sonderposten Fördermittel (wirtschaftliches Eigenkapital) ca. 0,5 Mrd. €
 - Rückstellungen ca. 0,2 Mrd. € (um finanzielle Risiken abzufedern und Sicherheit für künftige Haushalte zu geben)

Die mengenmäßige Erfassung und systematische Bewertung sei in den Arbeitsgruppen abgeschlossen.

Die EDV-technische Umsetzung wurde von der ITC vorbereitet und bereits in großen Teilen umgesetzt (z.B. KAV). Die Arbeitsgruppe Eröffnungsbilanz unter seiner Leitung arbeite planmäßig an den verbleibenden komplexen Bewertungsfragen. Die betriebswirtschaftliche- und Bilanzierungsanalyse erfolge durch einen externen Wirtschaftsprüfer als Unterauftragnehmer der ITC.

Es wurden umfangreiche Zuarbeiten der Geschäftsbereiche zu Bewertungsfragen, Risiken und Rückstellungen abgefordert und in Einzelgesprächen mit den Beigeordneten erläutert. Es bestehe jedoch weiterhin Klärungsbedarf. Als Beispiel sei die Aufgabe „Rückstellungen bewerten“ genannt. Diese bedeutet, sämtliche Risiken aller Bereiche und Gesellschaften zu identifizieren, offenzulegen und zu bewerten.

Die Detailabstimmungen zur Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt wurden begonnen.

Folgender Zeitplan sei vorgesehen:

Maßnahme	Fertigstellung bis
Eröffnungsbilanz zum 1.1.2012	Juni 13
Aufstellung der Rohbilanz	März 13
Abstimmungsprozess Bilanzpolitik in der Verwaltungsspitze / Politik	März 13
Prüfung durch Rechnungsprüfungsamt	Mai 13
Beschluss Stadtrat	Juni 13

zu 9 mündliche Anfragen

Herder Gymnasium

Herr Bönisch fragte nach, ob es stimme, dass das Herder-Gymnasium für die Zeit der Brandschutzsanierung ausgelagert werden soll.

Herr Kogge erläuterte, dass er die Information vom Eigenbetrieb Zentrales GebäudeManagement erhalten habe, dass ein Auszug nötig sei, da die Elektrokabel aus den Fluren in die Klassenräume verlegt werden sollen. Diese Arbeiten seien bei laufendem Betrieb unzumutbar. Die Arbeiten sollen ab Herbst 2013 bis 2014 erledigt werden. Die baulichen Eingriffe seien sehr groß. Als Beispiel sei die Schule am Fliederweg genannt. Um erneuten Aufwand in einigen Jahren zu vermeiden, werde geprüft, ob statt dem Einbau von neuen DV-Leitungen ein W-LAN Anschluss denkbar sei. Er nahm die Bedenken zur Kenntnis.

Offene Fragen

Herr Müller erinnerte an die Beantwortung der in der Sitzung am 22.01.2013 übergebenen Fragen der CDU-Stadtratsfraktion.

Herr Wehrich erinnerte an die Beantwortung der offenen Fragen zum Stellenplan.

Finanzberater

Herr Krause lud alle Mitglieder des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften zur Sitzung des Vergabeausschusses am 21.02.2013 ein. Es gehe um die Vergabeentscheidung für den Finanzberater.

Es folgte eine kurze Diskussion zur politischen Brisanz der Thematik in Verbindung mit der Zusammenarbeit mit dem Landesverwaltungsamt. Im Ergebnis wurde angeregt, diese Thematik in der morgigen Sitzung des Hauptausschusses zu besprechen.

Haushalt 2013

An der Diskussion beteiligten sich Herr Krause, Herr Wolter, Herr Bönisch, Herr Dr. Meerheim, Herr Wehrich, Herr Misch, Herr Müller und Herr Geier.

Von einigen Mitgliedern wurde ausgeführt, dass sie mit den vorliegenden Unterlagen zum Haushaltsplan nicht weiter diskutieren können. Die weitere Verfahrensweise sei eine schwierige Entscheidung. Bereits jetzt wurden veränderte Bedarfe z. B. im EB Kita festgestellt. Die Verwaltung müsse die Ansätze korrigieren. Weiterhin bestünden Mehrbedarfe allein durch die Gefahrenabwehr. Der Umgang mit dem Stellenplan sei unklar. Dies änderte sich auch nicht durch das Schreiben von Herrn Oberbürgermeister. Die Stadträte haben keinerlei Informationen bezüglich bestehender Risiken erhalten. Es wurde nicht bedarfsgerecht geplant und kein Haushaltskonsolidierungskonzept vorgelegt. Die 22 Punkte der Potentialanalyse seien nicht untersetzt. Es sei keine realistische Diskussion möglich. Die Verwaltung wurde gebeten, die Vorlage nachzubessern.

Durch andere Mitglieder des Ausschusses wurde entgegnet, dass die vorliegende Situation sehr komplex sei. Der Wechsel des Oberbürgermeisters fiel mitten in die Haushaltsplanberatungen. Der Finanzausschuss solle sich besonders auf den Haushaltsplan 2014 konzentrieren, in dem die Strukturänderungen abgebildet werden und auf die Arbeit mit dem Finanzberater. Aus diesem Grund solle der Haushalt 2013 so schnell wie möglich beschlossen werden, da dieser die Grundlage für 2014 bildet. Auch in den letzten Jahren wurden keine optimalen Unterlagen vorgelegt. Eine Beratung des Inhalts sei durchaus möglich. Der Oberbürgermeister habe zugesagt, dass er den im Stellenplan gesetzten Rahmen nicht überschreitet. Ziel solle es sein, einen Qualitätssprung im Haushalt 2014 zu erreichen.

(17:45 Uhr – Herr Knöchel verließ die Sitzung. Er wurde durch Herrn Trömel vertreten.)

Herr Geier gab grundsätzliche Erläuterungen und führte u. a. aus, dass das Mitspracherecht des Rates in der Hauptsatzung geregelt sei. Er betonte, dass kein finanzieller Aufwuchs zu verzeichnen sei und avisierte für die Sitzung des Finanzausschusses am 12.03.2013 ausführliche Darstellungen.

Weiterhin sagte Herr Geier zu, dass für die Sitzung am 27.03.2013 ein neuer Haushaltsplan nach neuer Struktur durch die Verwaltung vorbereitet werde. In ihm sei auch ersichtlich, wo die Positionen „herkommen“ und wo sie neu eingeordnet wurden.

Das aktualisierte Haushaltskonsolidierungskonzept wurde heute an die Ausschussmitglieder als Tischvorlage ausgegeben.

Zurzeit sind für den Haushalt 2013 drei Schwerpunkte zu bearbeiten:

- a) Prüfungen und Vornahme der Korrekturen aus der Haushaltsklausur
- b) Prüfung der Gewinnerwartung aus den städtischen Beteiligungen
- c) Wechselwirkungen der Doppik zur kameralen Buchführung.

Bei der Haushaltsplanerstellung galt die Vorgabe, die Budgets des Jahres 2012 einzuhalten. Bei durch die Geschäftsbereiche angemeldeten Mehrbedarfen müsse erst gründlich geprüft werden, ob diese gerechtfertigt seien und ob Lösungsmöglichkeiten aus dem einreichenden

Geschäftsbereich ermittelt werden können. Die angemeldeten Mehrbedarfe können aufgrund der angespannten Haushaltslage nicht einfach so übernommen werden. Bei einem langen Haushaltsaufstellungszeitraum seien Änderungen vorprogrammiert.

Bezüglich der Gewinnerwartungen durch die städtischen Beteiligungen seien für den Haushalt 2013 keine erheblichen Auswirkungen zu erwarten. Nach dem Hinweis bezüglich der laufenden Tarifverhandlungen der HAVAG erläuterte er, dass diese Änderungen geprüft und ggf. punktuell im Haushalt angepasst werden.

Im Haushalt vorhandene Risikopositionen seien nicht ungewöhnlich und auch schon in den letzten Jahren sowie auch in anderen Städten vorhanden. Der Haushalt basiere regelmäßig auf Erfahrungswerten, vergangenen Haushaltsverläufen und Schätzungen. Bei Planung der schlechtesten Annahmen würde sich der Haushaltskonsolidierungsbedarf noch unnötig weiter erhöhen. Das als Tischvorlage übergebene Haushaltskonsolidierungskonzept habe in wesentlichen Punkten den bekannten Status. Die Beträge seien deutlich zu gering. Die Überarbeitung sei eine Hauptaufgabe des Finanz- / Sparberaters bis zum Herbst 2013.

Herr Geier warb für die Weiterbehandlung und avisierte einen Nachtragshaushalt, in dem einzelne Positionen nachgesteuert werden können.

Durch mehrere Mitglieder des Ausschusses wurde ausgeführt, dass es unterschiedliche Aussagen in den Fachausschüssen gegeben habe, welche Struktur der Stadtrat mit dem Haushalt beschließe. Die Strukturdiskussion sei nicht evident. Die Aufgaben der Dienstleistungszentren seien den Stadträten nicht bekannt. Der Stadtrat trage diesbezüglich eine sehr hohe Verantwortung. In der Fraktionsvorsitzendenrunde wurde im Dezember darum geworben, den Haushalt 2013 im Februar zu beschließen. In dieser Sitzung wurde ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, dass die Verwaltung realistische Unterlagen vorlegen solle und die Risiken transparent benannt werden. Weiterhin wurde um die Vorlage der IST-Zahlen aus 2012 gebeten. Bei Beschluss der vorgelegten Unterlagen durch den Stadtrat werde mit der Versagung der Haushaltsgenehmigung durch das Landesverwaltungsamt gerechnet. Es bestehe ein hohes Risiko im Bereich der Kita-Finanzierung. Ansätze auf den Euro genau werden nicht erwartet, aber wenn zum jetzigen Zeitpunkt bereits ein Nachtragshauhalt avisiert wird, sei das ein Eingeständnis für teilweise schlechte Haushaltsansätze. Die Gewinnausschüttung der städtischen Beteiligungen sei z. B. völlig unrealistisch dargestellt. Dies sei seit Jahren bekannt und in der langfristigen Finanzplanung nicht beachtet. Das Haushaltskonsolidierungskonzept sei inhaltlich bezüglich der Einzelmaßnahmen und in seiner Summe unzureichend.

Im Ergebnis der Diskussion wurde darum gebeten, erst den Stellenplan zu behandeln.

Andere Ausschussmitglieder wiesen darauf hin, dass die Probleme im Haushalt gesehen werden und der Diskussion bedürfen. Die Hauptkritik im Haushaltsprozess richte sich im Moment gegen den Stellenplan und die Umstrukturierungen des neuen Oberbürgermeisters. Dieser sei jedoch gesetzlich an den Stellenplan des Haushaltsjahres 2012 gebunden, bis ein neuer Stellenplan durch den Rat beschlossen wird. Der mit dem Haushaltsplan vorgelegte Stellenplan bilde die aktuelle Struktur zwar nicht ab, bilde jedoch einen Rechtsrahmen. Die Beratungsfähigkeit des Haushalts in der vorgelegten Form sei nicht optimal, aber durchaus gegeben. Im Sinne der Haushaltswahrheit und –klarheit sollte die Haushaltsdiskussion auch im Finanzausschuss beginnen. Der Beschluss des Stadtrates und die

Haushaltsgenehmigung seien für die Mittelsicherheit der Freien Träger und die Nutzung der Städtebaufördermittel sehr wichtig. Es könne durch den Stadtrat nicht verantwortet werden, dass die Stadt aufgrund eines fehlenden Haushaltes die möglichen Fördermittel im Sinne der Stadtentwicklung nicht nutzen kann. Der Haushalt 2013 solle so schnell wie möglich diskutiert und beschlossen werden, um eine gründliche Vorbereitung des Haushaltes 2014 und damit eine Qualitätsverbesserung des Haushaltes in jeder Hinsicht zu erreichen.

Der verantwortungsvolle Umgang der Thematik wurde von allen Fraktionen betont. Die Rechtssicherheit müsse gegeben sein, damit der Vorwurf der Veruntreuung nicht entstehe.

Von der SPD-Fraktion wurde kritisiert, dass in der Dezembersitzung des Stadtrates übergebene Fragen erst Ende Januar lückenhaft von der Verwaltung beantwortet wurden. Es wurden weitere Fragestellungen an die Verwaltung übergeben.

Weiterhin wurde durch Ausschussmitglieder ausgeführt, dass durch die vorgelegte „schwarze Null“ ein moralischer Druck auf den Stadtrat aufgebaut werde. In den Diskussionen der Fachausschüsse wurde mehr als deutlich, dass für eine gute Qualität der Arbeit für die Stadt mehr finanzielle Mittel benötigt werden. Als Beispiel wurden die Spielplätze und die Baumpflege angeführt.

Der Stadtrat wolle sich nicht aus der Verantwortung stehlen. Der Haushaltsplan und das Haushaltskonsolidierungskonzept haben eine schlechte Qualität. Die Stadt Halle benötige aber einen genehmigten bzw. nicht beanstandeten Haushalt. Es nütze dem Prozess nichts, wenn das Landesverwaltungsamt die Genehmigung versagen sollte.

Herr Ausschussvorsitzender Dr. Meerheim führte aus, dass eine Entscheidung über das weitere Verfahren getroffen werden müsse. Aus seiner Sicht ergeben sich folgende Möglichkeiten:

- a) Abbruch der Debatte und Weiterbehandlung bei Vorlage der Einarbeitung der neuen Struktur
- b) Fortführung in der geplanten Zeitkette (Zusage der Verwaltung – Vorlage eines überarbeiteten Planes mit neuer Struktur in der Stadtratssitzung am 27.03.2013)
- c) weitere Diskussion mit dem neuen Haushaltsplan nach dem 27.03.2013
- d) Diskussion des Stellenplanes inklusive Vortrag der Verwaltung analog der vergangenen Jahre am 12.03.2013 (oder bereits am 05.03.2013) und danach Entscheidung über die weitere Beratungsfolge.

Herr Geier betonte, dass die vielen Fragen des Rates von dem hohen Verantwortungsbewusstsein zeugen. Kleinere Organisationsänderungen habe es in den vergangenen Jahren aber auch gegeben und da wurde das Haushaltsplanverfahren nicht in Frage gestellt. Die größeren Organisationsänderungen seien durch den Wechsel des Oberbürgermeisters entstanden. Zusätzliche Bedarfe und Risiken seien immer zu beachten. Es dürfen aber auch nicht nur die schlechtesten Annahmen in den Haushaltsplan eingearbeitet werden. Diese wären dann ggf. nicht gerechtfertigt und müssten aber trotzdem gedeckt werden. Dass die Haushaltsansätze zum Teil kritisch seien, habe er nie bestritten.

Einige Mitglieder sprachen sich gegen einen Verzug der Beratungen aus, da dieser keinen zeitlichen bzw. qualitativen Fortschritt bringe.

Mit der Mehrheit der Mitglieder wurde folgender Beschluss gefasst:

Die Sitzungen am 21., 26. und 28.02.2013 entfallen. Die restlichen geplanten Sondersitzungen bleiben bestehen, um der Verwaltung die Möglichkeit der Nachsteuerung der Informationen zu geben.

Abstimmung:

9 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
mehrheitlich zugestimmt

Die Mitglieder betonten, dass bis zur weiteren Behandlung des Haushaltsplanes alle noch offenen Fragen des Rates durch die Verwaltung ordnungsgemäß beantwortet sein müssen. Dieser Beschluss habe keine Auswirkungen auf die Diskussion in den Fachausschüssen. Diese sollten aber über die heutige Diskussion informiert werden.

Herr Geier gab zu bedenken, dass diese Verfahrensweise rechtlich auf ihre Umsetzbarkeit geprüft werden müsse.

zu 10 Anregungen

Zu diesem Tagesordnungspunkte wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

Egbert Geier
Bürgermeister

Dr. Bodo Meerheim
Ausschussvorsitzender

Martina Beßler
Protokollführerin